

Merkel und Kretschmann müssen soziale Verantwortung für die Schlecker-Beschäftigten übernehmen

Anlässlich der heutigen Solidaritätskundgebung in Berlin für die Beschäftigten des Schlecker-Konzerns erklärt die Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Gesine Löttsch:

Die Weigerung der Bundesregierung und des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, den Schlecker-Beschäftigten zu helfen, ist an Ignoranz und sozialer Kälte kaum zu überbieten. Es geht um eine der größten Unternehmenspleiten in der Geschichte der Bundesrepublik und Tausende – zumeist weibliche Beschäftigte – verlieren ihre Arbeit.

Frau Merkel (CDU) und Herr Kretschmann (Grüne) müssen jetzt soziale Verantwortung übernehmen. Soll der Kahlschlag bei Schlecker verhindert werden, bedarf es eines alternativen Unternehmenskonzeptes. Möglich wäre eine kurzfristige Gesetzesinitiative, um die Insolvenzgeldzahlungen zu verlängern. Damit wäre Zeit gewonnen, um den Beschäftigten und beteiligten Akteuren sowie den Kommunen die Prüfung eines Alternativkonzepts zu ermöglichen. Der Bankenrettungsschirm wurde innerhalb einer Woche im Bundestag beschlossen. Jetzt ist schnelles Handeln zum Erhalt von 25.000 Arbeitsplätzen gefordert. DIE LINKE ist dazu sofort bereit.